

Programm der Kommunistischen Partei Österreichs über das Programm zur Wiederaufrichtung Österreichs (1945)

Quelle: Kommunistische Partei Oesterreichs (Hrsg.). Sofort-Programm zur Wiederaufrichtung Oesterreichs. Wien: Kommunistische Partei Oesterreichs, 1945. 8 S. p. 1-8.

Urheberrecht: (c) Bundesvorstand der KPÖ

URL:

http://www.cvce.eu/obj/programm_der_kommunistischen_partei_osterreichs_uber_das_programm_zur_wiederaufrichtung_osterreichs_1945-de-678d57ee-14b3-4039-a236-ea5264fb61e5.html

Publication date: 03/07/2015

Kommunistische Partei Österreichs

Sofort-Programm zur Wiederaufrichtung Österreichs

Sieben Jahre Naziregime und der verlorene deutsche Raubkrieg haben Oesterreich in eine sehr schwere und ernste Lage gebracht. Unser Land hat gewaltige Verluste erlitten, die auf jedem Staatsbürger lasten.

Der Weg zur Wiederaufrichtung Oesterreichs kann nur dann erfolgreich beschritten werden, wenn alle Kräfte unseres Volkes in fester Einheit ans Werk gehen. Die Massen unseres Volkes halten das, was bisher geschehen ist, mit Recht für ungenügend und fordern größere Zielklarheit und Entschlossenheit. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für unser Land, daß alle demokratischen Kräfte sich auf ein klar umrissenes Programm der dringendsten Maßnahmen für die nächsten Monate einigen, um es gemeinsam und entschlossen zu verwirklichen. Die Kommunistische Partei Oesterreichs legt ein solches

SOFORT-PROGRAMM

den beiden anderen demokratischen Parteien und dem ganzen österreichischen Volk vor.

Wir brauchen ein wirklich demokratisches Oesterreich!

Daher:

Radikale Säuberung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur von allen Ueberresten des Faschismus;

Entschiedene Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens, aller staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen;

Restlose Vernichtung der Machtpositionen des kriegshetzerischen und kriegsschuldigen deutschen Großkapitals in Oesterreich, Verstaatlichung seines in unserem Lande zusammengerafften und zusammengeraubten Besitzes.

Das bedeutet:

Rasche Aburteilung der Kriegsverbrecher, Volksverräter und führenden Nationalsozialisten auf Grund der beschlossenen Gesetze. Entlassung der Nationalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung und den leitenden Wirtschaftsstellen ohne Abfertigung und Pension. Zwangsweise Heranziehung aller nicht unter das Strafgesetz fallenden Nationalsozialisten zur Arbeit. Schaffung von Ueberwachungskommissionen aus Vertretern der drei Parteien in allen Orten, Bezirken und Ländern zur Reinigung aller Behörden und öffentlichen Einrichtungen.

Sicherung des Aufstieges der demokratischen Kräfte des Volkes. Entfernung aller reaktionären, verknöcherten, bürokratischen Beamten, die die demokratische Entwicklung hindern. Schaffung eines Gesetzes, das für die Dauer eines Jahres die bestehenden Bestimmungen über Aufnahme und Beförderung von Beamten aufhebt und die Möglichkeit schafft, neue Kräfte aus der Mitte des Volkes in die Beamtenschaft aufzunehmen und leitende Stellen mit wirklich demokratischen Beamten zu besetzen. Beseitigung der in der Zeit des Faschismus eingeführten diktatorischen Vollmachten des Verwaltungsapparats. Aufbau einer einfachen und volkstümlichen Verwaltung. Bis zur Durchführung allgemeiner Wahlen Bestellung der Bürgermeister und der Gemeindevertretungen auf Grund von Vereinbarungen der drei demokratischen Parteien; Erweiterung der Rechte der Gemeinden; Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen; Einflußnahme der Gemeinden in allen Fragen der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherung der Produktion der Betriebe im Gemeindebereich. Bildung von Bezirksvertretungen auf Grund von Vereinbarungen der drei demokratischen Parteien zur Unterstützung und Kontrolle der Bezirkshauptmänner. Ernennung der Bezirkshauptmänner nur mit Zustimmung der Bezirksvertretungen. Einsetzung einer besonderen Regierungskommission mit Vertretern der drei demokratischen Parteien zur Durchführung und Ueberwachung der Demokratisierung und Vereinfachung der Verwaltung in Staat, Land und Gemeinden.

Unverzügliche Beschlagnahme und Verstaatlichung des deutschen Vermögens, des Vermögens aller Naziverbrecher und ausländischer Faschisten. Nationalisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergwerke, in genau festgesetzten kurzen Fristen. Oberste Leitung der verstaatlichten Betriebe durch einen Wirtschaftsrat aus Betriebsleitern und Vertretern der Angestellten und Arbeiter der verstaatlichten Betriebe. Den Vorsitz in diesem Wirtschaftsrat führen ein Staatssekretär und zwei Unterstaatssekretäre als Vertreter der drei demokratischen Parteien. Eingliederung der Staatsmonopole (Tabak, Salz, Spiritus, Zündhölzer) in dieses Staatsamt.

Wir brauchen ein arbeitendes, produzierendes Oesterreich!

Daher:

Recht auf Arbeit für jeden Erwachsenen, Pflicht zur Arbeit für jeden Staatsbürger;

Sofortige Aufnahme der Produktion in allen arbeitsfähigen Betrieben;

Volle Ausnützung aller Möglichkeiten zur Ingangsetzung und Steigerung des Verkehrs,

Beseitigung der Formen und Methoden der faschistischen Kriegswirtschaft; Förderung der Initiative auf allen Gebieten der Wirtschaft;

Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums;

Schutz und Förderung von Handwerk und Gewerbe;

Einheitliche Kreditpolitik und Aufbau einer festen Schilling-Währung.

Das bedeutet:

Im neuen, demokratischen Oesterreich ist es eine Schande, nicht zu arbeiten. Erfassung aller Arbeitskräfte und zweckmäßige Eingliederung in die Produktion nach den Erfordernissen der Wirtschaft.

Im neuen demokratischen Oesterreich ist es ein Verbrechen, arbeitsfähige Betriebe, vorhandene Maschinen nicht in Gang zu bringen. Strafsanktionen gegen Unternehmer, öffentliche Verwalter, Betriebsleiter und alle sonst Verantwortlichen, wenn arbeitsfähige Betriebe und Maschinen nicht in Gang gesetzt werden. Kontrolle und energischste Mitwirkung der Belegschaften bei der Ingangsetzung der Betriebe.

Volle Erfassung und Ausnützung der vorhandenen Transportmittel. Verwendung der Autotransportmittel für die Dauer des Notzustandes nur für amtliche und Wirtschaftszwecke. Besondere Förderung der Betriebe, die Transportmittel herstellen, beziehungsweise reparieren können. Ankauf von Lastkraftwagen durch Regierung und Gemeinden.

Systematischer Abbau der von den Nazi zu Kriegszwecken durchgeführten Bürokratisierung und Ueberzentralisierung der Wirtschaft. Rückführung der Kammern und Verbände auf die Aufgaben der Interessenvertretung, der Beratung und Begutachtung in Wirtschaftsfragen. Zentrale Bewirtschaftung — so lange und so weit sie notwendig ist — nicht durch diktatorische Vollmachten an Staatsämter oder bürokratische Zentralen, sondern durch einen Rat für Wirtschaftsplanung, gebildet aus den Betriebsleitern der wichtigsten Betriebe, aus erfahrenen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Handwerkern, Leitern von Konsumgenossenschaften und Vertretern der Angestellten und Arbeiter. Den Vorsitz im Rat für Wirtschaftsplanung führen ein Staatssekretär und zwei Unterstaatssekretäre als Vertreter der drei demokratischen Parteien. Einbau der zentralen Kreditlenkung in dieses Staatsamt. Der Rat für Wirtschaftsplanung und dieses Staatsamt sind verpflichtet, alles zu tun, um die schrittweise Abschaffung der Zwangswirtschaft zu ermöglichen.

Herstellung geordneter Rechtsbegriffe und Rechtsverhältnisse. Schutz des öffentlichen und privaten Eigentums gegen alle ungesetzlichen Eingriffe, gegen Verschleuderung und den von den Nazi großgezüchteten Geist der persönlichen Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit.

Entsprechende Zuteilung von Arbeitskräften und Rohstoffen an Handwerk und Gewerbe. Schaffung eines zeitgemäßen Gewerberechtes und Demokratisierung der Innungen. Förderung von Interessengemeinschaften in den einzelnen Gewerbegruppen (Großeinkaufsgenossenschaften, Transportgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften). Ausschaltung volksfeindlicher und antidemokratischer Elemente aus Handwerk und Gewerbe; Uebergabe der beschlagnahmten Nazibetriebe an aufrechte österreichische Handwerker und Gewerbetreibende.

Einheitliche Kreditpolitik im Interesse des Aufbaues der österreichischen Wirtschaft; Kreditlenkung nach den Erfordernissen der österreichischen Gesamtwirtschaft. Aufbau einer festen Schillingwährung.

Wir brauchen die Sicherung des täglichen Brotes!

Daher:

Volle Ausnützung des Bodens für die Volksernährung;

Unterstützung der Landwirtschaft durch Arbeitskräfte, Zugmittel und Düngemittel;

Schutz des Viehstandes und Vorsorge für Wiederaufzucht;

Demokratische Organisation und Kontrolle der Aufbringung, gerechte Verteilung der Lebensmittel.

Das bedeutet:

Beschlagnahme der Güter und Bauernhöfe der Naziverbrecher sowie der deutschen und anderen ausländischen Faschisten. Aufteilung des beschlagnahmten Ackerlandes an landlose und landarme Bauern unter besonderer Berücksichtigung der aktiven Kämpfer gegen den deutschen Faschismus. Uebergabe des beschlagnahmten Weidelandes an die Gemeinden zur Nutzung für die ganze Gemeinde. Verstaatlichung des beschlagnahmten Forst- und Waldbesitzes unter Sicherung des Nutzungsrechtes für die Bevölkerung der anliegenden Gemeinden. Sofortige Ausnützung der riesigen Truppenübungsplätze durch Zuweisung von Grundstücken und Häusern an landlose und landarme Bauern unter besonderer Berücksichtigung der aktiven Kämpfer gegen den deutschen Faschismus. Sicherung des Saatgutes.

Verwendung landwirtschaftlicher Fachkräfte nur in der Landwirtschaft; Bereitstellung zusätzlicher Arbeitskräfte zur Einbringung der Ernte. Rasche Inbetriebsetzung der Landmaschinenindustrie und der Reparaturwerkstätten; Errichtung von staatlichen und genossenschaftlichen Stützpunkten, die nach einem bestimmten Plan über das Land verteilt und mit Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen, Treibstoffen und Reparaturmöglichkeiten ausgestattet sind. Schnellste Ingangsetzung der heimischen Kunstdüngerfabriken; Einfuhr von Kunstdünger; Maßnahmen zur Verbesserung und Vermehrung des Naturdüngers. Strengstes Verbot der Schlachtung von Leistungsvieh; Errichtung von Viehaustauschstellen, die unter Ausnützung von genossenschaftlichen Einrichtungen Vieh in die vom Krieg besonders betroffenen Gebiete bringen. Vorbereitende Maßnahmen zur Wiederherstellung und Sicherung einer hochwertigen Viehzucht. Einfuhr von Futtermitteln.

Säuberung der Wirtschaftsverbände von allen faschistischen Elementen, ihre Entbürokratisierung und Demokratisierung durch stärkste Heranziehung der Gemeinden und von Vertretern der Erzeuger und Verbraucher. Ausgabe von Prämien in Form von Bezugsrechten auf Industriewaren an die Bauern, die über den bestimmten Ablieferungsplan hinaus landwirtschaftliche Erzeugnisse abliefern. Ausbau des Genossenschaftswesens, um den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher abzukürzen und die Kosten herabzusetzen. Gerechte Verteilung der Lebensmittel unter stärkster Berücksichtigung volkswirtschaftlich notwendiger und besonderer Arbeitsleistungen. Einrichtung von Schulausspeisungen in den Städten und

Industriegebieten. Förderung und bevorzugte Belieferung der Betriebsküchen.

Wir brauchen ein soziales Oesterreich!

Daher:

*Achtstundentag;
Soziale Regelung der Gehalts- und Lohnfragen;
Neuaufbau der Sozialversicherung;
Volle Gleichberechtigung der Frauen,
Fürsorge für Mutter und Kind;
Gründliche Berufsschulung der Jugend;
Gerechte Verteilung des Wohnraumes;
Soziale Regelung der Mietzinsfrage.*

Das bedeutet:

Wiederherstellung des gesicherten Achtstundentages. Verlängerung des Arbeitstages im Interesse des Wiederaufbaues nur im Einverständnis mit den Vertretern der Arbeiter und Angestellten.

Volle und regelmäßige Auszahlung der Löhne und Gehälter an alle Arbeitenden. Ueberprüfung der Löhne und Gehälter aller durch die Nazi Bevorzugten oder Benachteiligten durch Ausschüsse der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer. Sofortige Wiederherstellung des Kollektivvertragsrechtes. Soziale und wirtschaftliche Angleichung der Landarbeiter an die Industriearbeiter.

Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte unter Einbeziehung der Landarbeiter; unverzügliche Wiederherstellung der Krankenversicherung; rascheste Eröffnung der Ambulatorien und Erholungsheime durch die Krankenkassen. Ausreichende staatliche Renten und Pensionen für die Opfer im Kampf gegen den Faschismus und deren Hinterbliebene. Sofortige Einstellung der Renten und Pensionszahlungen an Nationalsozialisten. Auszahlung von Renten an Kriegsinvalide und Kriegshinterbliebene, soweit sie nicht in den Produktionsprozeß eingegliedert werden und nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Volle Gleichberechtigung der Frau im politischen und wirtschaftlichen Leben; gleicher Lohn bei gleicher Arbeit. Keine Verwendung von Frauen bei gesundheitsschädlicher Arbeit, Schutz für Mutter und Kind, soziale Hilfe für kinderreiche Familien; Säuglingsfürsorge durch die Gemeinden; Tagesheimstätten und Kindergärten für Kinder berufstätiger Frauen.

Bevorzugte Einstellung der Jugendlichen in die Betriebe. Sofortige Eröffnung aller vorhandenen Schul- und Betriebswerkstätten zur fachlichen Nach- und Umschulung der Jugendlichen; Schaffung von Staatserziehungsanstalten für Kinder erprobter Antifaschisten; Einrichtung von Spezialkursen an Mittel- und Hochschulen mit verkürzter Studienzeit für Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Beschlagnahme aller Wohnungen, Wohnungseinrichtungen, Häuser und Siedlungshäuser geflüchteter Deutscher, Kriegs- und Naziverbrecher zugunsten der Gemeinden. Festsetzung von Wohnraumnormen pro Familie und Kopf in den einzelnen Gemeinden und Einweisung von Wohnungsbedürftigen in leere, beschlagnahmte und unterbelegte Wohnungen, wobei in erster Linie die Opfer des Faschismus und die Obdachlosen berücksichtigt werden müssen. Sicherung des vorhandenen Wohnraumes vor weiterem Verfall; rasche Instandsetzung der wenig beschädigten Häuser.

Keine Delogierungen wegen sozial begründeter Zinsrückstände. Heranziehung der Mieter zur Mitberatung, Mitbestimmung und Mithilfe bei der Lösung der Wohnungs- und Mietzinsfrage.

Wir brauchen ein ungeteiltes und unabhängiges Oesterreich!

Daher:

Einheitliche österreichische Verwaltung für das ganze Staatsgebiet;

Festigung des österreichischen Nationalbewußtseins,

Wiedergewinnung des Vertrauens zu Oesterreich durch wirkliche Einheit im Innern und aufrichtige, freundschaftliche Beziehungen zu den freiheitsliebenden Völkern;

Anknüpfung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu den Staaten des Ostens und Südostens Europas;

Rückführung der antifaschistischen Oesterreicher aus Konzentrationslagern und Zwangsarbeitsstätten;

Bemühungen um baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Das bedeutet:

Einleitung von Schritten zur Anerkennung der provisorischen Staatsregierung Oesterreichs, zur Uebergabe der gesamten Zivilverwaltung an sie und ihre Organe, zur Wiederherstellung des freien Verkehres im gesamten Staatsgebiet und zur Erlangung des Verfügungsrechtes der österreichischen Regierung über alle zum Wiederaufbau nötigen wirtschaftlichen Einrichtungen und Hilfsmittel.

Systematische und konsequente Erziehung des österreichischen Volkes und vor allem der Jugend im Geiste eines bewußten und demokratischen Oesterreichertums. Pflege der österreichischen Kulturtraditionen und des Vermächtnisses österreichischer Freiheitskämpfer. Ausmerzung der deutschen Geschichtsfälschungen über Oesterreich; wahrhafte, österreichische Geschichtsschreibung als Grundlage für den Unterricht in allen Schulen und Bildungsstätten. Ausmerzung aller großdeutschen und deutsch-nationalen Ideologien.

Festigung der Einheit unseres Volkes, auf der Grundlage eines freien, demokratischen und unabhängigen Oesterreich. Konsequente Durchführung einer Außenpolitik, die freundschaftliche Beziehungen zu allen freiheitsliebenden Völkern, vor allem zu den demokratischen Großmächten und zu unseren Nachbarstaaten, sichert. Endgültige Abkehr von allen großdeutschen und deutschnationalen, antislawischen Tendenzen in der Außenpolitik; Förderung engster politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zu den slawischen Völkern.

Entschiedene Ablehnung aller abenteuerlichen Machtansprüche und Gebietsforderungen, die nur das Mißtrauen unserer Nachbarn hervorrufen und Oesterreich zum Spielball dunkler Intrigen machen könnten. Sachliche Vertretung des begreiflichen und begründeten Verlangens auf Angliederung Südtirols bis zur Salurner Klausel und des gesamten Gebietes rechts vom Inn an Oesterreich. Regelung strittiger Grenzfragen in freundschaftlichem Einvernehmen mit den demokratischen Nachbarstaaten.

Konsequente Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die der Tatsache entspricht, daß es für Oesterreich eine Lebensnotwendigkeit ist, engste wirtschaftliche Beziehungen zu der Tschechoslowakei, zu Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Polen und der Sowjetunion zu unterhalten. Sofortige Einleitung von Wirtschaftsverhandlungen durch Entsendung von Handelsdelegationen in diese Staaten, vor allem in die Sowjetunion, von der wir die rascheste und wirksamste wirtschaftliche Hilfe erhalten können.

Ergreifung sofortiger Maßnahmen durch die Provisorische Staatsregierung zur Rückführung der Oesterreicher, die in Konzentrationslager oder zur Zwangsarbeit verschleppt wurden. Einleitung von Schritten zur baldigen Heimkehr der kriegsgefangenen Oesterreicher bei völliger Klarheit darüber, daß die Wiederherstellung des Vertrauens zum demokratischen Oesterreich die wichtigste Voraussetzung zur Lösung dieser Frage ist.

Die Kommunistische Partei Oesterreichs ist der Ueberzeugung, daß dieses Sofortprogramm den realen Möglichkeiten entspricht und daß seine Durchführung eine Notwendigkeit für unser österreichisches Volk und die demokratische Republik Oesterreich ist.

Die Durchführung eines solchen Sofortprogramms ist nur möglich, wenn es gelingt, eine wirkliche Einheit unseres Volkes, einen wirklichen Block der drei demokratischen Parteien herzustellen.

Wir Kommunisten schlagen daher vor, einen

Zentralrat der drei demokratischen Parteien

zu bilden, in dem sich Vertreter aller Volksschichten zur Unterstützung und demokratischen Kontrolle der Regierung vereinigen, der ein Sofortprogramm zum Aufbau des demokratischen Österreich beschließt und in der Durchführung dieses Sofortprogramms den Block der drei demokratischen Parteien verwirklicht.